

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal

SPD Fraktion Maintal • Robert-Koch-Str. 5a 63477 • Maintal
Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Maintal

Herrn Karl-Heinz Kaiser
Klosterhofstraße 4-6
63477 Maintal

Sebastian Maier
Vorsitzender

Fon: 06181 - 4241585
Mobil: 0170-7736488
maier@spdmaintal.de

17. März 2014

Antrag

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal bittet um Aufnahme des beigefügten Antrages in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung Maintal am 7. April 2014.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "S. Maier".

Sebastian Maier
Vorsitzender

Resolution: Erwartungen der Stadt Maintal an die Hessische Landesregierung im Hinblick auf die Kommunal Finanzen

Im Dezember 2013 sind die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Koalition zwischen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen abgeschlossen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Maintal hat an die Hessische Landesregierung folgende Erwartungen:

1. Zur Herstellung der Handlungsfähigkeit der Stadt Maintal erwarten wir, dass nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs die Kommunen eine an ihren Aufgaben orientierte Finanzausstattung

erhalten. Dazu ist auch eine umfassende Reform des kommunalen Finanzausgleichs notwendig.

2. Vor dem Hintergrund des Urteils des Staatsgerichtshofs erwarten wir, dass die Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich bereits für 2014 zurückgenommen werden und die Summe der Schlüsselzuweisungen wieder um 345 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden.

3. Weiterhin ist die sogenannte Kompensationsumlage, die ebenfalls in der bisherigen Form verfassungswidrig ist, sofort auszusetzen.

4. Für den Ausbau der Kinderbetreuung muss die Stadt Maintal durch das Land eine vernünftige Finanzausstattung erhalten, die insbesondere für die Betriebskosten für die Betreuung im Bereich U3 gerecht wird.

5. Wir fordern die Landesregierung auf, dass nicht nur Bundesmittel weiter geleitet werden, sondern sich der Anteil des Landes an der Finanzierung der U3 Betreuung deutlich erhöht.

6. Die Stadtverordnetenversammlung Maintal fordert die Landesregierung dazu auf, das Konnexitätsprinzip vorbehaltlos anzuerkennen und zu beachten. So dürfen keine zusätzlichen Aufgaben vom Land auf die Stadt Maintal übertragen werden, wenn keine vollumfängliche Erstattung der Kosten gewährleistet ist.